



Neue Luzerner Zeitung AG  
6002 Luzern  
041/ 429 51 51  
www.neue-lz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 84'358  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10  
Abo-Nr.: 1077515  
Seite: 6  
Fläche: 74'715 mm<sup>2</sup>

## Leuthard hat kein Musikgehör für die letzte Klimareise Leuenbergers



**KLIMAGIPFEL** Das Dossier sei «komplex», daher wäre es besser, er würde nach Cancún reisen, argumentierte Moritz Leuenberger.

Doch Doris Leuthard lässt das nicht gelten. Sie will dort selber für mehr Klimaschutz weibeln.

MARCELLO ODERMATT, BERN  
schweiz@neue-lz.ch

Bundespräsidentin Doris Leuthard geht auf Anti-CO<sub>2</sub>-Mission. Sie will sich am Klimagipfel in Cancún in Mexiko höchstpersönlich für eine merkliche Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses einsetzen. Ob alle Länder mitmachen, ist die grosse Frage. Aber auch, ob die Schweiz selbst ihre Ziele erreicht.

### Ausladung für Leuenberger

Moritz Leuenberger wäre gerne selber noch nach Cancún geflogen. Doch der inzwischen abgetretene Bundesrat muss zu Hause bleiben. Seine Nachfolgerin im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek), Doris Leuthard, hat Leuenbergers Angebot ausgeschlagen, die Schweiz an der 16. UNO-Klimakonfe-

renz vom 29. November bis 10. Dezember zu vertreten. Leuenberger hatte argumentiert, wegen der «Komplexität der Dossiers» wäre es sinnvoll, er würde auch als alt Bundesrat die Position der Schweiz am Klimagipfel vertreten. Leuthard reist nun selber hin, um zum Abschluss der Konferenz in der mexikanischen Küstenstadt die Umweltminister der Welt zu treffen. Ob sie aber mit Erfolg zurückreisen kann, ist offen.

In Cancún sollen Eckwerte für ein neues Klimaabkommen beschlossen werden, um den weltweiten Treibhausgasausstoss zu reduzieren. Die Schweiz setzt sich gemäss dem gestern verabschiedeten Verhandlungsmandat für ei-

Moritz Leuenberger und Doris Leuthard bei einem gemeinsamen Medienauftritt im Oktober.  
Reuters

ne Begrenzung, der Klimaerwärmung von weniger als 2 Grad ein. Das würde eine Begrenzung des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses bis 2050 auf 50 Prozent im Vergleich zu 1990 bedingen.

### Knacknuss Schwellenländer

Franz Perrez vom Bundesamt für Umwelt, der Leiter der Verhandlungsdelegation, beurteilt die Ziele als «realistisch». Ob diese in der Schlusserklärung festgehalten werden, ist laut Perrez

**«Unsere Ziele sind realistisch. Es ist möglich, dass sie in der Schlusserklärung festgehalten werden.»**

FRANZ PERREZ, LEITER DER SCHWEIZER DELEGATION  
zwar nicht sicher. «Aber es ist möglich.» Erreicht werden kann das Ziel allerdings nur, wenn auch alle anderen Länder mitmachen. Die Schweiz ver-



Neue Luzerner Zeitung AG  
6002 Luzern  
041/ 429 51 51  
www.neue-lz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 84'358  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10  
Abo-Nr.: 1077515  
Seite: 6  
Fläche: 74'715 mm<sup>2</sup>

langt deshalb, dass insbesondere jene, die das Kioto-Protokoll nicht unterschrieben haben, etwa die USA, sowie die Schwellenländer sich zu ähnlichen Zielen verpflichten.

Doch genau das sei der grosse Knackpunkt, sagt Perrez. Um einen Anreiz dazu zu bieten, sind die Industrieländer bereit, ärmere Entwicklungsländer in ihren Anstrengungen zu unterstützen. Der Bundesrat will die finanzielle Hilfe der Schweiz für die nächsten drei Jahre von heute rund 80 um rund 130 Millionen Franken erhöhen. Dies muss allerdings das Parlament noch absegnen.

Von Wirtschaft und Umweltorganisationen, die in der Delegation vertreten sind, wird das bundesrätliche Vorgehen unterschiedlich beurteilt. Grundsätzlich wird die Stossrichtung zwar unterstützt. Während aber der Umweltexperte vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, Urs Näf, von «anspruchsvollen» Zielen spricht, beurteilt sie Alexander Hauri von Greenpeace als «ungenügend»: Denn um schlimmste Folgen der Klimaveränderung noch abzuwenden, müsse die maximale Klimaerwärmung unter 1,5 Grad bleiben, sagt Hauri. Folglich wäre eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 70 bis 75 Prozent notwendig. Näf wiederum hält die Ziele nur dann für erreichbar, wenn alle Länder «gleich lange Spiesse» haben.

#### Umsetzung im Inland hapert

Der zweite Knackpunkt ist letztlich die Frage, wie die hehren internationalen Verpflichtungen national umgesetzt werden. Verhandlungsleiter Perrez ist zuversichtlich: «Wenn Cancún erfolgreich ist, wird international ein Signal

gesendet, das auf die Politik im Inland motivierend wirken kann.» Der Bundesrat will bis 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 20 Prozent senken. Sollten sich die Industriestaaten und die Schwellenländer zu ähnlichen Zielen verpflichten, wäre der Bundesrat gar für die Verminderung um 30 Prozent.

Dass es in der Schweiz mit der Umsetzung hapert, zeigt die bisherige Klimapolitik. Bei der CO<sub>2</sub>-Gesetzesrevision, die derzeit in den Räten behandelt wird, hat sich der Nationalrat für eine Reduktion um 20 Prozent ausgesprochen, aber kaum dafür nötige Mittel beschlossen. Insbesondere hat er die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin abgelehnt.

#### Geteilte Reaktionen

Alexander Hauri von Greenpeace verlangt deshalb verbindliche Massnahmen, um zumindest 30 Prozent bis 2020 zu erreichen. Urs Näf von Economiesuisse setzt schon Fragezeichen hinter das 30-Prozent-Ziel: Sollte die Hälfte davon, wie geplant, im Inland kompensiert werden müssen, sei der Zeitplan bis 2020 eng. Das Gesetz dürfte frühestens Ende 2012 in Kraft gesetzt werden. Dann hätte die Schweiz noch sieben Jahre Zeit für die Zielerreichung, was laut Näf schwierig sei, denn: «Jedes Jahr müsste die Schweiz den Ausstoss um 2 Prozent senken, dies bei einer wachsenden Bevölkerung und einem steigenden Bruttoinlandsprodukt.»